

**Peter Moskopp, MdL**  
**Abgeordneter der CDU-Fraktion**  
**im Landtag von Rheinland-Pfalz**

**Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 12**  
**18. Plenarsitzung, Donnerstag, 17. Februar 2022**

**Rede zum Antrag der Fraktion der CDU**  
**„Gutachterliche Prüfung der Facebook-Werbepaxis des Ministeriums für**  
**Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität Rheinland-Pfalz, vormalig**  
**bezeichnet als Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten**  
**durch den Landesrechnungshof“**

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

17.02.2022

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

über den im Raum stehenden Vorwurf der illegalen Parteienfinanzierung durch das Klimaschutzministerium wurde in den letzten Wochen und Monaten sowie in der Sitzung des Landtages am 20. Januar ausführlich berichtet.

Wie allen hier im Landtag ausreichend bekannt, wurden - mit Steuergeldern bezahlte - Facebook-Beiträge verstärkt einer grünen Zielgruppe angezeigt, also Nutzern, die sich auf Grund ihrer Interessen für die Partei Bündnis 90/Die Grünen interessieren könnten.

Dabei ging es aber auch darum, durch „emotionale Posts“, die damalige Ministerin Anne Spiegel in gutem Licht zu präsentieren, also um Sympathiewerbung für Frau Spiegel. Hier erinnere ich an Fahrrad Clips und Tierheimbesuche im Wahlkreis der Ministerin, kurz vor der Landtagswahl.

Was folgte im Hinblick auf die Aufklärung des Skandals? Es folgten Ausreden, es wurden Nebelkerzen gezündet, die von Facebook vorgeschlagene Werbung sei nicht kritisch hinterfragt worden, die Ministerin bzw. die Behördenleitung hätte von dieser Vorgehensweise nichts gewusst.

Übrigens: die Aussage des Ministeriums, Ministerin Spiegel hätte keine Kenntnisse von den Vorgängen gehabt, bezweifeln wir, denn einige Anzeigen waren speziell auf Frau Spiegel zugeschnitten. Von Reue, Demut und Scham über das eigene Fehlverhalten keine Spur.

Soweit die Fakten, soweit die Historie!

In meiner letzten Rede habe ich angeregt, dem LRH die Sachlage zur Prüfung zu übergeben. In der weiteren Aussprache fiel dann auf, dass das Ministerium und die Ampelparteien sich nach Kräften bemühten, die verfassungswidrige Werbepaxis klein zu reden und zu bagatellisieren.

Es erweckte den Eindruck, dass sich die Regierungsfractionen sich nicht ausreichend über den Sachverhalt und das Ausmaß informiert haben. Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, hier geht es um Steuergelder, die unrechtmäßig ausgegeben wurden und damit um Verfassungsbruch und Rechtsmissbrauch.

Haben die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht Anspruch darauf, dass ihr Steuergeld rechtmäßige Verwendung findet? Sind wir es den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nicht schuldig, Transparenz in diesen Sachverhalt zu bringen?

All diese Fragen haben die CDU-Fraktion sowie die Fraktion der FREIEN WÄHLER dazu bewogen, den Ihnen vorliegenden gemeinsamen Antrag „Gutachterliche Prüfung der Facebook Werbepaxis des Ministeriums durch den LRH“ zu stellen. Es stellt sich Ihnen bestimmt die Frage, was soll der LRH prüfen? Lassen Sie mich es wie folgt erläutern:

Der LRH soll zunächst folgende Punkte prüfen:

1. Sollten in dem genannten Zeitraum von 5 Jahren bestimmte Klientelwählergruppen angesprochen werden?
2. Handelte es sich um allgemeine Informationen oder wurde sogenannte Sympathie- bzw. Parteienwerbung betrieben?
3. Bei welchen Postings wurde diese Schwelle zur Parteienwerbung überschritten, welche monetären Belastungen wurden durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern abgedeckt?
4. und unter welchen Bedingungen Facebook Werbung mittels Microtargeting zulässig war?

Uns geht es hierbei nicht darum die Regierungsparteien, der Ampelkoalition, zu diffamieren.

Uns geht es um die Grundfrage, was ein Ministerium, was Regierung und ihre Behörden bei der Öffentlichkeitsarbeit dürfen und wie dabei mit Steuergeldern umgegangen wird. So schaffen wir Rechtssicherheit und Transparenz für die Zukunft. Wir zweifeln an, dass die Werbepaxis des Klimaschutzministeriums im Sinne des LRH ist.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen ich bitte Sie unserem Antrag zuzustimmen. Jeder der diesem Antrag zustimmt, steht für Recht, Transparenz und Aufklärung. Jeder der den Antrag ablehnt hat vielleicht etwas zu verbergen oder scheut die unbequeme Wahrheit.

Stimmen Sie dem Antrag zu und nehmen das Recht des Parlaments wahr – hier mit Hilfe des LRH – die Arbeit der Regierung zu überwachen und zu hinterfragen. Lassen Sie dieses Kontrollrecht des Parlaments nicht zu einer Farce werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.